

Totschweigen hilft nicht

Die AfD ist alles andere als eine Alternative für Deutschland. Die Partei ist aber Realität. In allen 16 Bundesländern. In Berlin ist die AfD in allen zwölf Bezirksverordnetenversammlungen vertreten, überall in Fraktionsstärke. Nur drei Verordnete in Friedrichshain-Kreuzberg, aber 15 in Marzahn-Hellersdorf. In Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Pankow, Reinickendorf, Spandau und Treptow-Köpenick gehören AfD- oder für AfD-Politiker den jeweiligen Bezirksämtern an, sind also Teil der Kommunal-„Regierung.“

In unserer Berichterstattung versuchen wir es zu vermeiden, über AfD-Positionen oder Ansichten zu berichten, weil es sich meistens inhaltlich ohnehin nicht lohnt. Nun haben wir in einem Beitrag über das Berliner Schulsystem, „Das Problem grundsätzlicher betrachten“ (Newsletter 564-05 vom 06.04.2019) über eine Mündliche Anfrage im Abgeordnetenhaus zur Friedrich-Bergius-Schule berichtet. Die Frage an den Senat stellte ein AfD-Abgeordneter. An Nachfragen beteiligte sich dann auch die CDU. Allein, dass in dem Artikel AfD erwähnt wird, nimmt uns ein Leser übel. Deshalb ein paar Worte zum Umgang mit dieser Partei, die offenkundig niemand will, aber viele wählen.

In den Nachrichtensendungen werden ständig Vertreter der AfD interviewt, woran man sich inzwischen gewöhnt hat. Das ist auch richtig so, denn Totschweigen hilft nicht. Zunehmend besetzt die AfD die gesamte Palette an politischen Themen. Es geht, vor allem in den Ländern und Kommunen nicht mehr allein um angeblich ungebremste Flüchtlingsströme und dem Schüren der Angst vor Kriminellen.

Der Spitzenwert bei den Asylanträgen wurde 2016 mit 745.545 erreicht, 2018 lag er bei 185.853. Manchmal gehen Anfragen der AfD in den Parlamenten auch nach hinten los. So wollte ein saarländischer Abgeordneter die häufigsten Vornamen der Täter bei Stichwaffen und Messervorfällen wissen. Hier die Antwort: Michael, Daniel, Andreas, Sascha, Thomas, Christian, Kevin, Manuel, Patrick, David, Jens, Justin und Sven. **Oliver Welke** sagte in der „heute-show“ dazu, dass er gar nicht gewusst habe, dass so viele Muslime ihren Kindern deutsche Vornamen geben.

Die AfD besetzt inzwischen auch die Themen Bauen, Rente, Bildung, Gesundheit usw. Da bleibt es nicht aus, dass AfD-Politiker auch zu diesen Themen befragt werden. Auch bei Bundestagsdebatten lassen sich AfD-Politiker schlecht ausblenden. Die AfD ist die größte Oppositionspartei. Und Schuld daran ist die SPD. Sie hätte sich einer GroKo verweigern

können, dann nämlich stünde ihr dieser Rang zu. Die Fortsetzung der GroKo mit der Union hat sich für die SPD bislang nicht bezahlt gemacht.

Totschweigen hilft nicht. Der Deutsche Bundestag pflegt einen Umgang mit der AfD, der vielen sympathisch ist. Ist die praktizierte Ausgrenzung aber sinnvoll? Muss man als guter Demokrat derartige Parteien nicht ertragen können?

Dass der AfD-Abgeordnete **Wilhelm von Gottberg**, der aufgrund von Aussagen zum Holocaust als rechtsextrem gilt, nicht Alterspräsident mit der Möglichkeit, die Eröffnungsrede halten zu dürfen, wurde, finde ich beruhigend. War es aber sinnvoll, deshalb die Geschäftsordnung des Bundestages zu ändern? Dem jeweils ältesten Mitglied eines Parlamentes fällt die Rolle des Alterspräsidenten zu. Das wäre von Gottberg gewesen, der ein paar Monate älter ist als **Hermann Otto Solms** von der FDP. Auf den Plätzen 3, 4 und 5 stehen übrigens wieder AfD-Politiker, was auch ein wenig über den Zustand der Partei aussagt. Die Geschäftsordnung wurde geändert, so dass jetzt der Abgeordnete, der am längsten dem Bundestag angehört, die einzige Funktion, die er innehat, nämlich die Eröffnung der konstituierenden Sitzung, wahrnehmen darf. Am längsten dabei, nämlich 45 Jahre, ist **Wolfgang Schäuble**, der praktischer Weise auch gleich zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde. Ja, die Rede von Schäuble war, ohne die andere gehört zu haben, die bessere. Ich tue mich dennoch schwer damit, Geschäftsordnungen dem jeweiligen Mehrheitswunsch anzupassen.

Der AfD steht ein Vize-Präsidentenposten zu. Alle bisherigen Versuche scheiterten, weil es immer deutlich mehr Nein als Ja-Stimmen gab. Niemand kann verpflichtet werden, jemand zu wählen, den er nicht wählen will. In den ersten beiden Wahlgängen muss die Mehrheit des Bundestages mit Ja stimmen. Im dritten Wahlgang reicht es aus, die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erhalten. Da wie im Vereinsrecht Enthaltungen nicht zählen, könnte ein AfD-Kandidat auch allein mit den Stimmen seiner Fraktion gewählt werden. Dazu müssten sich nur alle anderen enthalten. Ich halte es für einen Fehler, der AfD die Mitgliedschaft im Bundestagspräsidium zu verweigern. Nichts brauchen wir mehr, als eine Partei, die in der Opferrolle durchs Land tourt, und das ausgerechnet in diesem Super-Wahljahr.

Das Bundestagspräsidium ist nicht das parlamentarische Kontrollgremium der Nachrichtendienste. In diesem ist die AfD (natürlich) nicht vertreten, aber die Linke, die sich inzwischen etabliert hat, obwohl sie in Berlin gerade dafür kämpft, dass auch jüdisches Wohneigentum in der Stadt enteignet wird. Dazu am Ende dieses Beitrages mehr.

Bei dem Linken **Lothar Bisky** negierte im Oktober 2005 der Bundestag erstmals die ungeschriebene Übereinkunft, bei der Wahl der Vizepräsidenten Vorschläge anderer Fraktionen ohne Vorbehalt zu akzeptieren. Bisky fiel in allen Wahlgängen durch. Ein Jahr später, 2006, wurde **Petra Pau** zur Vizepräsidentin gewählt, was sie bis heute ist. *Quelle: Wikipedia*

Werfen wir einen Blick auf die Entwicklung der AfD in den Bundesländern, im Bund und in Europa. Das jeweils erst genannte Datum ist das der letzten Wahl und das zweite der aktuellen Umfrage.

Europa

25.05.2014 7,1% - 04.04.2019 11% = +3,9%

Bundestag

24.09.2017 12,6% - 06.04.2019 12% = -0,6%

Stadtstaaten

Berlin

18.09.2016 14,2% - 04.04.2019 10% = -4,2%

Hamburg

15.02.2015 6,1% - 20.03.2019 4% = -2,1%

Bremen

10.05.2015 5,5% - 02.04.2019 7% = +1,5%

Norddeutschland

Schleswig-Holstein

07.05.2017 5,9% - 08.02.2019 7% = +1,1%

Niedersachsen

15.10.2017 6,2% - 11.02.2019 8% = +1,8%

Westdeutschland

Nordrhein-Westfalen

14.05.2017 7,4% - 24.02.2019 9% = +1,6%

Hessen

22.09.2013 4,1% - Wahl 29.10.2018 13,1% = +9%

Rheinland-Pfalz

13.03.2016 12,6% - 21.03.2019 11% = -1,6%

Saarland

26.03.2017 6,2% - 21.06.2018 15% = +8,8%

Süddeutschland

Baden-Württemberg

13.03.2016 15,1% - 28.03.2019 11% = -4,1%

Bayern

14.10.2018 10,2% - 28.01.2019 8% = -2,2%

Ostdeutschland

Sachsen

31.08.2015 9,7% - 05.04.2019 25% = +15,3%

Sachsen-Anhalt

13.03.2016 24,3% - 28.08.2018 21% = -3,3%

Thüringen

14.09.2014 10,6% - 26.03.2019 20% = +9,4%

Brandenburg

14.09.2014 12,2% - 07.02.2019 19% = +6,8%

Mecklenburg-Vorpommern

04.09.2016 20,8% - 17.01.2019 18% = -2,8%

alle Angaben ohne Gewähr

Quelle: wahlrecht.de

Berlin im Enteignungsfieber

Gestern startete nun das Volksbegehren zur Enteignung von Immobilienunternehmen mit einem Bestand von mindestens 3.000 Wohnungen. Eine willkürliche Zahl, völlig undifferenziert errechnet. Ab 3.000 haben wir es mit Gangstern und Ausbeutern zu tun, bis 2.999 mit gutherzigen und mieterfreundlichen Unternehmen. Wenn doch die Welt so einfach wäre. Wie viele Berliner sind eigentlich von Wohnungsnot und unverschämte steigenden Mieten betroffen? Jeder Einzelne ist natürlich einer zu viel, die gegenwärtigen Demonstrationen suggerieren jedoch, dass es sich um ein alle betreffendes Thema handelt.

Die 20.000 Unterschriften für den ersten Schritt des Volksbegehrens haben vermutlich die Veranstalter schon am ersten Tag zusammenbekommen. Wohnen ist ein Thema, das alle betrifft, folglich haben auch alle eine Meinung dazu.



Mitten ins Getümmel der Demo am Alexanderplatz stürzte sich auch **Sebastian Czaja**, der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus. „Bauen statt klauen“ ist seine Devise, womit er mit Klauen sicherlich Enteignen meint, reimt sich aber besser.

„Diese Mieten-Demo setzt die falschen Signale und spielt bewusst mit den Ängsten der Menschen dieser Stadt.“, sagt Czaja. „Das wirkungsvollste Zeichen gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn wäre ein Aufschrei für eine Neubau-Offensive und mehr genossenschaftliches Wohnen in Berlin. Die Initiatoren versprechen sich von milliardenteuren Enteignungen ein Ende von Mietsteigerungen und fördern damit gezielt weitere Verknappung von Wohnraum und die Ausgrenzung von Menschen. Wer klaut statt baut, gefährdet die Zukunft unserer Stadt und gefährdet vielmehr den sozialen Frieden. Statt die Zukunftschancen unserer Stadt zu verzocken und einen

Tabubruch einzuleiten, müssen wir jeden Cent in eine mietensenkende Neubau-Offensive stecken." Welch vernünftiger Mensch, Achtung: Anspielung auf „Gesunden Menschenverstand!“, würde dem widersprechen wollen. Die Linke ist ganz auf der Seite der Enteigner, was Czaja zu dem Spruch: „Mit Marx baut man keine Wohnungen, mit Kapital schon!“, inspiriert hat. *Quelle: Das Grundeigentum Heft 6 2019*

Keine abschließende Meinung zum Thema Enteignen haben die beiden anderen Regierungsfractionen SPD und Grüne. Die SPD will bis zum Oktober recherchieren und sich dann festlegen, die Grünen haben auf ihrem Parteitag gestern Beschlüsse zu Böllerverbot, Mehrwegwindeln und E-Rollern gefasst.

Quelle: Berliner Zeitung

Der Chefredakteur des Tagesspiegels, **Lorenz Ma- roldt**, nannte bei einer Diskussionsveranstaltung die Position der Grünen, die sich nach wie vor nicht klar positionieren wollen, „erbärmlich“.

Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, was der Senat mit den Enteignungsbefürwortern besprechen beziehungsweise verhandeln will. Die Abstimmung über den Volksentscheid wird es geben und zwar sehr nah am Wahltermin 2021. Anders als beim Tegel-Volksentscheid, der kein Gesetz beinhaltete, handelt es sich bei der Enteignung aber genau darum. Der Senat kann nur hoffen, dass Gerichte den Wahnsinn stoppen und er seine Hände in Unschuld waschen kann. Die Zwickmühle, in der sich SPD und Grünen befinden, ist aber die ungeklärte Position zur Enteignung. Die Grünen, darauf wette ich, werden sich der Initiative anschließen. Und bei der SPD wird es auch eine Mehrheit dafür geben. Da können Michael Müller und Raed Saleh sagen, was sie wollen. Denn: „Die Berliner SPD macht, was sie will. Auf Michael Müller und Raed Saleh hört sie jedenfalls nicht.“, schreibt heute **Christine Richter** in der Morgenpost und hat damit nicht Unrecht.

Beschließen möchten wir diesen Newsletter mit einem Beitrag aus der Zeitschrift „Das Grundeigentum“ (6/2019), den uns freundlicher Weise der Herausgeber **Dieter Blümmel** zur Verfügung stellte:

„Der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Markus Dröge, hat kürzlich den Berliner Senat zu mehr Engagement für den sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau aufgefordert und mit Blick auf das geplante Volksbegehren zur Enteignung privater Wohnungsgesellschaften angemerkt, Enteignungen stehe die Kirche ‚skeptisch bis kritisch‘ gegenüber. Das Grundgesetz schützt das Eigentum.“ Den Rückkauf von ehemals landeseigenen Wohnungen sieht der Bischof auch kritisch, denn dadurch entstünden keine neuen Wohnungen. Und Dröge hat versprochen, dass auch

die Kirche auf diesem Feld stärker aktiv werden wolle, zum Beispiel mit der kirchlichen Hilfswerksiedlung GmbH. Die Frage ist nur, wieviel Spielraum Zeit und Kirchensäckel dem Bischof lassen, denn seit neuestem steht auch die kircheneigene Hilfswerksiedlung GmbH auf der Enteignungsliste, Dröge spricht also durchaus pro domo.

Zur Zeit findet sich die Hilfswerksiedlung in folgender guten Gesellschaft: Deutsche Wohnen SE, Vonovia SE, ADO Properties S. A. (Hauptgesellschafter die Arison Group von Shari Arison, der reichsten Frau Israels), Covivo SE (die von der französischen Immobiliengruppe Foncière des Régions übernommene frühere Immeo), Akelius Residential Properties AB/Akelius GmbH (Schweden), TAG Immobilien AG, Grand City Properties S.A (Hauptaktionär der israelische Geschäftsmann Yakir Gabay, ansonsten über ganz Europa verteilter Streubesitz), BGP Gruppe /BPG Investment S.à.r.l. (Luxemburg).

Das wird ein Spaß mit dem Enteignungs-Volksbegehren. Von den einen ist jetzt schon zu hören, dass sie bereits einmal von den Nazis enteignet wurden und deren Enteignungen bis zum heutigen Tage noch nicht alle rückabgewickelt wurden. Und dann wird der deutsche Außenminister Heiko Maas alle Hände voll zu tun haben und eine rege Reisediplomatie entfalten müssen, um mindestens seinen Kollegen in Schweden, Frankreich, Luxemburg zu erklären, warum das großsozialistische neue Deutschland ihre Landsleute enteignet. Da fällt einem nur noch Lukas 23,34 ein, das erste der sogenannten sieben letzten Worte Jesu: ‚Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!‘

Was die amerikanische Ratingagentur Moody's tun wird, wenn die Berliner ihre Enteignungsphantasien realisieren, hat sie dem Berliner Senat schon öffentlich deutlich gemacht: Die Bonität des Landes Berlin (bisher mit dem zweitbesten Rang - AA1 - eingestuft) herabsetzen. Wenn Moody's vorprescht, werden erfahrungsgemäß andere Ratingagenturen - Fitch und Scope - folgen. Und dann wird jede Kreditaufnahme teurer. Berlins Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz soll, so war in Zeitungsberichten zu lesen, die Warnung an die Kollegen weitergeben haben. Groß beeindruckt hat es wohl keinen bei R2G. Bislang hat ja auch noch niemand erlebt, wie es ist, wenn Kapital in großem Umfang aus Deutschland abfließt.“

Da bleibt am Ende kein weiterer Bibelspruch, sondern „nur“ eine Aussage von Barak Obama, der ja schon kurz vor der Heiligprechung stand, geäußert bei seinem Besuch in Berlin: „Wir leben in unsicheren Zeiten.“ *Quelle: Berliner Zeitung*

Ed Koch